

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Rensch. Druck: A. Brügel, Kauer-Buchdruckerei, Verlags- und Anzeiger-Verwaltung, Kautzsch-Str. 10, Auer. Telegramm-Adresse: Auer-Tagblatt. Auer-Tagblatt. Auer-Tagblatt.

Abonnement: Durch unsere Posten bei uns monatlich 2.50 Mark, bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 2.00 Mark. Bei der Post beträgt vierteljährlich 6.50 Mark, monatlich 2.50 Mark. Schließt täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabehelfer, sowie die Bediensteten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Nr. 206.

Sonntag, den 3. September 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Die Vorstände der Zentrumspartei und der Zentrumsfraktion, soweit sie in Berlin anwesend sind, werden heute nachmittag zu einer Besprechung über verschiedene Fragen zusammentreten.

Nach einer Meldung des Journal aus Paris soll die Bequadrung der letzten noch in Albanien befindlichen deutschen Kriegsgefangenen im Laufe des Septembers bevorstehen.

Der österreichische Nationalrat erteilt gestern dem zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Friedensvertrag seine Zustimmung.

Die serbischen Truppen haben das Gebiet von Banja Luka völlig geräumt.

Die Kemalisten wurden von den Griechen nach siebentägiger Schlacht auf der ganzen Linie zurückgeschlagen.

## Die Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten.

### Eine Kanzlerrede im Reichstagsausschuß.

Um die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern. Der achte Ausschuss des Reichstages, der sogenannte Beobachtungsausschuß, ist gestern vormittag im Reichssaal zusammengetreten, um über den Antrag über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern zu beraten. Die Einberufung war auf Verlangen zweier Mitglieder erfolgt, eines sozialdemokratischen und eines unabhängigen Abgeordneten, die den Antrag eingebracht hatten. Die Reichsregierung zu erwidern, daß für zu sorgen, daß der Ausnahmezustand in Bayern aufgehoben werde. An der Sitzung nahmen hundert Mitglieder des Ausschusses teil; vertreten waren alle Reichstagsparteien bis auf die Deutschnationalen, die fernblieben. Die Regierung war vertreten durch den Reichskanzler Dr. Brügel, den Reichsminister des Innern Dr. Grabner und durch den Reichsjustizminister Dr. Schiffer. Ferner war der bayerische Gesandte in Berlin v. Preger anwesend. Die Aussprache nahm einen ziemlich erregten Verlauf, die Gegenstände prallten scharf aufeinander. Für die Unabhängigen führte Abg. Dittmann das Wort, der in heftiger Weise gegen die Reaktion und gegen das Kaiser-System in Bayern losging. Ihm erwiderte der bayerische Gesandte v. Preger. In dem er gegen den Abgeordneten Dittmann polemisierte, sagte er sich auch mit der Reichsregierung auseinander. Die Bestimmungen des Reichspräsidenten hätten in Bayern eine starke Erregung hervorgerufen, weil sie ohne vorherige Zustimmung mit der bayerischen Regierung erlassen worden seien. Die Forderung nach einer Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, von Berlin aus gestellt, würde diese Erregung noch steigern. Der bayerische Gesandte deutete dabei an, daß das nicht zum Besten der Einheit des Reiches beitragen würde. Ebenfalls in einer Polemik gegen den Redner der Unabhängigen wies der Gesandte darauf hin, daß keineswegs die Mehrheit des bayerischen Volkes die Aufhebung des Ausnahmezustandes verlange; die Regierung habe das ganze Bürgerium geschlossen hinter sich, und das ganze Bürgerium würde sich auch dagegen erklären, daß von Berlin aus in die Rechte der bayerischen Staatsregierung eingegriffen würde. Nebenbei teilte er mit, daß der Wiesbacher Anzeiger jetzt nicht mehr erscheine. In erregter Weise, als man sonst an ihm gewohnt ist, sprach dann der Reichskanzler. Dr. Brügel stand noch kritisch unter dem Eindruck des Wortes an Erzberger.

Er kündigte an, daß die Reichsregierung keineswegs die Absicht habe, von vornherein durch eine Verordnung des Reichspräsidenten die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern zu beschließen. Die Reichsregierung werde aber heute noch in mündliche Verhandlungen mit der bayerischen Regierung eintreten, und er hoffe, daß es auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen gelingen werde, mit der bayerischen Regierung ein Einverständnis zu erzielen und sie zur Aufhebung des Belagerungszustandes zu veranlassen. In sehr nachdrücklicher Weise betonte der Reichskanzler die Notwendigkeit eines entschiedenen Vorgehens gegen das reaktionäre Treiben. Dabei führte der Reichskanzler eine Reihe von Beispielen an, die von der unglaublichen Verwirrung der Agitation der rechtsstehenden Kreise zeugten. Ohne direkt gegen den Gesandten Bayerns zu polemisieren, erklärte er der Reichsregierung für bedenklich, das Bürgerium gegen das Proletariat und umgekehrt auszuspielen. Und er machte keinen Hehl daraus, daß er, wenn das Schicksal die Bürgerium, die Proletariat! lauten sollte und in das Bürgerium auch die Feinde der Verfassung und der gegenwärtigen Staatsordnung inbegriffen sein wollten, er vorziehen würde, sich auf die Seite des Proletariats zu stellen. In die Rede des Reichskanzlers schloß sich eine Aussprache, die zum Teil auf das juristische Gebiet

führte. Die politische Haltung der Deutschen Volkspartei gegenüber dem Antrag formulierte Abg. Dr. Rühl dahin, daß die Deutsche Volkspartei, die sich auf den Boden der gegenwärtigen Verfassung stelle, auch bereit sei sie zu schützen und jede Sege gegen diese Verfassung — sei es von rechts oder von links — bekämpfe. Andererseits sei die Deutsche Volkspartei auch gegen jede Ausnahmeverordnung, die sich einseitig gegen eine Partei richte. Diese Stellungnahme der Deutschen Volkspartei und besonders der Passus über die deutsche Verfassung wurde später, da die Unabhängigen dies gewünscht hatten, noch einmal in demselben Sinne präzisiert. Für die Reichssozialisten sprach Abg. Ministerpräsident a. D. Braun, der sich dem Antrage des unabhängigen Abg. Dittmann anschloß. Tagungen haben die bürgerlichen Parteien, nämlich Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten einen gemeinsamen Gegenantrag eingebracht, der dahin lautet:

Die Reichsregierung werde ersucht, die Verhandlungen mit der bayerischen Regierung über die Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern fortzusetzen und dem Reichstaa baldigst Bericht zu erstatten.

Zur Abstimmung über die beiden Anträge kam es nicht. Die Verhandlungen wurden um 2 Uhr abgebrochen und auf Sonntag vertagt.

### Die Untersuchung des Griesbacher Mordes.

Die zwecks Ermittlung nach dem Mörder Erzbergers nach Griesbach entsandten Berliner Kriminalbeamten sind zum größten Teile wieder nach Berlin zurückgekehrt. Die Untersuchung wird jetzt von Berlin aus weitergeführt werden. Daneben ist aber auch weiterhin die Staatsanwaltschaft Offenburg, in deren Bezirk das Verbrechen begangen wurde, mit der Angelegenheit beschäftigt.

### Verstärkter Verdacht gegen Hirschfeld.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Offenburg hat das Amtsgericht in Oberkirch in Baden gegen Elwig von Hirschfeld Haftbefehl erlassen. Zugleich hat das Amtsgericht in Oberkirch das Berliner Polizeipräsidium ersucht, den in Berlin in Haft befindlichen Hirschfeld dem Gefängnis in Oberkirch zuzuführen. Dielem Eruchen ist am Freitagabend entsprochen worden.

### Aufhebung der Zeitungsverbote.

In der gestrigen Sitzung der Berliner Pressekonferenz wurde nach ausführlicher Debatte über die Zeitungsverbote der Ausschuss der Pressekonferenz beauftragt, im Einvernehmen mit dem Reichsverband der deutschen Presse mit den zuständigen Stellen wegen Aufhebung der Zeitungsverbote zu verhandeln.

### Die deutsche Presse gegen die Verordnung.

Der Vorstand des Bezirksverbandes Berlin vom Reichsverband der Deutschen Presse hat einstimmig und grundsätzlich jede Einschränkung der Pressefreiheit abgelehnt und hat sich besonders scharf gegen das Verbot von Blättern wegen ihrer allgemeinen Tendenzen ausgesprochen. Auch das Vorgehen gegen den Sozialanzeiger und den Tag sei unbegründet.

## Uebertritt Martin Spahns zur deutschnationalen Volkspartei.

Auf dem am Freitag in München eröffneten Parteitag der deutschnationalen Volkspartei bildete die Senfaktion des Tages die Mitteilung Hergis, daß Professor Martin Spahn zur deutschnationalen Partei übergetreten sei. Bei seinem Auftreten wurde Spahn mit lebhaftem Beifall begrüßt. Er bezeichnete die Deutschnationalen als den Sammelplatz für die große, in Bildung begriffene Rechte.

Wir haben, so fuhr er fort, das Ministerium der Erfüllung, das uns am Grabe Erzbergers ankündigt, daß es die letzten nationalen Gesetze erfüllen will. Wenn es uns jetzt nicht gelingt, das Reich zum Aufstehen und zur Selbstbestimmung zu bringen, so müssen wir die Hoffnung aufgeben. Beginnen wir den Befreiungskampf gegen alles, was undeutsch ist. Der Neubau kann nur von Deutschen kommen. In Zeiten, wo es hart auf hart geht, sind Mittelparteien auf die Dauer nicht möglich. Da heißt es: Rechts oder links. Und dieser Weg führt beim Zentrum jetzt nach links. Noch tobt die Schlacht, trotzdem wir nicht zu früh! Über auf diesen Widerspruch wollen wir keine konservative Gesinnung besorgen. Deshalb fürchten wir, daß auch Stögerwald nicht dem Drängen nach links sich widersetzen können: aber wir glauben, daß sich kein Weg einstellt mit dem unfernen treffen wird. Ich würde heute nicht hier stehen, wenn der Tod Erzbergers mich nicht dazu gezwungen hätte. Jetzt, wo der Entscheidungskampf zwischen rechts und links bevorsteht, heißt es, Farbe bekennen. (Beifall.)

Martin Spahn ist schon während des Krieges in einen immer größeren Gegensatz zu der in der Hauptsache von Erzberger bestimmten Politik des Zentrums getreten. Er war ein Vertreter weitestgehender Unneutralitätswünsche und hat noch im Jahre 1918 durch

eine Denkschrift, in der er die Umwandlung des Erzbergers von Reich und Bonaparte forderte, großes Aufsehen erregt. Der Eindruck, den diese in Verkennung der damaligen militärischen Lage Deutschlands verfasste Denkschrift im feindlichen wie im neutralen Ausland hervorrief, hat das Misstrauen gegen Deutschland in letzter Stunde noch einmal gestärkt.

## Admiral Scheer zum Erzberger-Mord.

Der Führer der deutschen Flotte in der Stagnationsschlacht Admiral Scheer dessen Gattin vor etwa Jahresfrist das Opfer eines Mordanschlages geworden ist, äußert sich in der Volksischen Zeitung über den politischen Mord. Zur Ermordung Erzbergers im besonderen schreibt er u. a.:

Das persönliche Bedauern, das in solchen Fällen der Familie des Verstorbenen gegenüber ausgesprochen wird, ist meist nichts als eine Nebenart aus äußerlichen Anstandsgefühlen. Innerlich aber überwiegt doch bei vielen die Verurteilung. Das ein politischer Gegner, dessen Einfluß man fürchtet, beseitigt ist, ohne daß man sich allerdings über die Folgen klar wird und einsteht, daß die Vergiftung der Volkstimmung, wie sie im Falle Erzbergers in die Erscheinung tritt, ein weitaus größeres Übel ist, als die Verhinderung der weiteren politischen Betätigung eines Gegners, auch wenn man diesen für einen noch so großen Schädling halten sollte. Außerdem läßt sich das Urteil über den Wert oder die Schädlichkeit einer solchen Verfehlung von ihren Zeitgenossen schwerlich richtig fällen. Die Meinungen müssen voreingenommen sein, da der geschichtliche Urstand noch nicht gewonnen ist und durch die Parteilichkeit aller Nachrichten, unmaßlos die Tatsachen und ihre Zusammenhänge aufgedeckt sein können.

In weitesten Volkskreisen gilt Erzberger als der Mann, der uns die schmachvollen Waffenstillstandsbedingungen mit allen ihren schlimmen Folgen beschaffen hat, weil er sich auch hierbei in seiner oft bei ihm beobachteten Bornialität einer Aufgabe bemächtigte, der er keineswegs gewachsen war. Ich bin geneigt der letzte, der für die Tätigkeit Erzbergers als Reichsminister oder gar für den Erfolg seiner Tätigkeit im Walde von Comblegne eine lange Strecke möchte; denn der Verlust unserer Kriegsmarine und die Preisgabe unserer Handelsflotte stehen mit seiner Verantwortlichkeit in allzu enger Verbindung. Aber um gerecht zu sein, muß doch darauf hingewiesen werden, ob Erzberger der Hauptschuldige war oder nicht etwa diejenigen, die trotz ihrer Sachkenntnisse Verhältnisse schufen, in denen ein Mann ohne jegliches militärisches Sachverstand wie Erzberger zu einer so bedeutenden Rolle sich aufschwingen konnte. Wo blieben die zur Führung der schwierigen Waffenstillstandsverhandlungen Sachkundigen und Besserbefähigten, als so unerwartet der militärische Zusammenbruch eingetreten wurde und das Volk aus allen Himmeln stürzte?

Grundsätzlich sagt im weiteren Admiral Scheer, daß der politische Mord ein größeres Verbrechen sei als der feine hinterlistige Überfall auf einzelne Personen aus Mauthut und sonstigen Gefühlen, und er warnt zum Schluß die Jugend Deutschlands, ihre Hoffnung auf Brutalität und Gewalt im Innern zu setzen. Es sei ganz gleichgültig, wie man zu der Form der Verfassung in Deutschland stehe; mit ihr müsse jetzt gearbeitet werden, und sie müsse unparteiisch vom ganzen Volk verteidigt werden.

Leidenschaftliche Worte, wie sie der Held vom Stagnation für Erzberger gefunden hat, wiegen in unserer Zeit besonders schwer.

## Die Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens während des Krieges.

W. W. Die mächtigste Bewegung zur Zusammenfassung aller in gleicher Richtung strebenden Kräfte, die in der Industrie wie Bankwelt zu den bekannten riesenhaften Konzernen geführt hat, hat auch auf dem Gebiete genossenschaftlicher Betätigung Erfolg aufzuweisen. Das zeigt eine Gegenüberstellung der Zahl der Genossenschaften zu Beginn des Weltkrieges und heute; folgende Zusammenstellung gibt die Rollen der Genossenschaften, nach Gruppen geordnet:

Genossenschaftstypus	am 1. Jan. 1918		am 1. Jan. 1921	
	Zahl	Wert	Zahl	Wert
<b>Kreditgenossenschaften</b>	19567	20097	+	530
<b>Produktionsgenossenschaften</b>				
a) gewerbliche	460	2048	+	1532
b) landwirtschaftliche	2566	3711	+	1145
<b>Wareneinkaufsgenossenschaften</b>	338	1309	+	971
<b>Wohnungs- und ähnliche Bau- genossenschaften</b>	2070	3894	+	1794
<b>Produktionsgenossenschaften</b>				
a) gewerbliche	430	1290	+	850
b) landwirtschaftliche	4084	3307	—	257
<b>darunter Melereigenossenschaften</b>	3445	3208	—	237
<b>Konsumvereine</b>	2819	2413	+	94
<b>Wohnungs- und ähnliche Bau- genossenschaften</b>	1399	2497	+	1098

Insgesamt zählte man am 1. Januar d. J. nach vorläufigen Angaben 44815 Genossenschaften gegenüber

Wasser... Kell... 2. B... Wasser... Natragen... Schmidt... Kapital... Mädchen... 24. I...